Die orthodoxe Kirche als Minderheit in Polen

Einleitende Bemerkungen

Bei der Polnischen Autokephalen Orthodoxen Kirche verflechten sich Vergangenheit und Gegenwart auf besondere Weise zu einem Ganzen. Fast alle Probleme von heute hängen mit der schwierigen Vergangenheit zusammen. Doch lässt sich die äußere Welt – dazu gehört auch die gängige öffentliche Meinung – häufig von Überzeugungen leiten, die aus einer gegen die orthodoxe Kirche gerichteten Propaganda erwachsen sind. Diese letztere hat mit der historischen Wahrheit nicht viel gemein.

Probleme bestehen in den Beziehungen zum Staat. Bezeichnend für das Gewicht dieser Probleme war die Klage der Kirche beim Verfassungsgericht. Dabei ging es um mangelnde Beachtung der Gleichberechtigung der Kirchen und Glaubensgemeinschaften durch die Staatsbehörden, darunter auch den Sejm, wie sie von der Verfassung der Republik grundgelegt ist. Der Verfassungsgerichtshof verwarf unter dem 2. April 2003 faktisch diese Klage. Die Kirchenleitung wandte sich, zutiefst von der Ungerechtigkeit dieser Entscheidung überzeugt, mit einer Klage an den Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg. Erst nach diesem Schritt entschieden sich die polnischen Regierungen – die vorherige, von der Partei PiS, und die jetzige, von der Bürgerplattform PO gebildete dazu, eine "Gemeinsame Arbeitsgruppe" aus Vertretern von Regierung und Kirche zu bilden. Diese schlug nach recht kurzer Zeit, in einer sehr guten Atmosphäre der Zusammenarbeit, eine Lösung der schwierigen Fragen vor. In einem Fall wurde die Verwirklichung eines Abkommens mit der katholischen Kirche des byzantinischen Ritus gefordert.

Auf der Berührungsebene von orthodoxer Kirche einerseits und Staats- und Regionalbehörden sowie römisch-katholischer Kirche andererseits kommt es zu Zwischenfällen im lokalen Bereich. Bisweilen erfordert die Beschaffung eines Bauplatzes für eine neue orthodoxe Kirche oder für ein Pfarrhaus sowie die Durchsetzung der Baugenehmigung

Der Verfasser ist Erzbischof der Polnischen Autokephalen Orthodoxen Kirche von Wrocław (Breslau) und Szczecin (Stettin).

mehrere Jahre angestrengten Bemühens, um die künstlich geschaffenen administrativ-juristischen Barrieren zu überwinden.

Auch erwachsen Probleme in den Beziehungen mit der römischkatholischen Kirche aus der Vergangenheit. Was diese Beziehungen betrifft, so ist die Tatsache zu vermerken, dass hier zwei Wirklichkeiten zu registrieren sind. Einerseits haben zweifellos jene Recht, die behaupten, der Stand der Beziehungen zwischen Orthodoxen und Katholiken in Polen sei so gut wie nie zuvor. So ist es tatsächlich. Die Kontakte auf

Auch wenn katholische und orthodoxe Pfarrer heute ein gutes Verhältnis zueinander haben, bestehen noch immer Probleme zwischen den Kirchen. höchsten Ebenen der Hierarchie sind häufig und herzlich, voll wechselseitigen Verständnisses. Auf der Ebene der Pfarreien wurden in sehr vielen Ortschaften gute Kontakte zwischen orthodoxen und römisch-katholischen Pfarrern zu etwas

Selbstverständlichem. Die Pfarrer besuchen sich und laden einander zu Gottesdiensten ein.

Dennoch sind die Beziehungen zwischen Orthodoxen und römischen Katholiken dadurch belastet, dass die römisch-katholische Kirche orthodoxe Gotteshäuser im Gebiet von Lublin und Chełm übernommen hat und dass es - trotz gemeinsamer Festlegungen - an einer Regelung für die Situation der ehemals unierten Kirchen fehlt, die die Staatsbehörden nach dem Zweiten Weltkrieg der orthodoxen Kirche übergaben. Dabei ist anzumerken, dass diese Gotteshäuser im Zustand von Ruinen übereignet wurden, einige waren in Schweineställe und Materiallager verwandelt worden. Sehr oft retteten Orthodoxe und Unierte in gemeinsamer Anstrengung diese Kirchen, indem sie finanzielle Mittel auch unter ihren Landsleuten in den USA sammelten und den Wunsch ausdrückten, dass diese Gotteshäuser der orthodoxen Kirche überlassen würden. Im Ergebnis der Bemühungen der "Gemeinsamen Arbeitsgruppe" aus orthodoxer Kirche und Regierung wurde ein Gesetzentwurf vorbereitet, der diese schmerzhafte Angelegenheit endgültig klären wird, aber natürlich nur dann, wenn der Seim ein solches Gesetz verabschiedet. Erfüllt wurde auch eine grundlegende Bedingung für die Verabschiedung des Gesetzes. Sie besteht darin, dass Einvernehmen zwischen der orthodoxen und der katholischen Kirche des byzantinischen Ritus erzielt wird.

Beträchtlich sind die aus der Vergangenheit herrührenden Belastungen im inneren Leben der orthodoxen Kirche. Die Zwangsumsiedlungen der orthodoxen und unierten Bevölkerung aus den südöstlichen und

östlichen Gebieten Polens in die West- und Nordgebiete nach dem Zweiten Weltkrieg führten zu einer wirtschaftlichen, kulturellen und religiösen Verwahrlosung auf Gebieten, die seit über 1.000 Jahren von orthodoxen Bürgern der Republik bewohnt waren. Die Siedlungsbedingungen in den zugewiesenen neuen Gebieten zwangen die orthodoxen Eltern häufig dazu, ihre Kinder in einen Religionsunterricht zu schicken, der von römisch-katholischen Katecheten erteilt wurde. Das hatte selbstverständlich zur Folge, dass die orthodoxe Kirche tausende Gläubige verlor. Die Großeltern und Eltern wollten oft ihren Enkeln und Kindern ein friedliches Leben unter den neuen Bedingungen sichern.

Die Erfahrung der Geschichte

Das Verständnis für die aktuelle Lage der orthodoxen Kirche in Polen erfordert einen zumindest flüchtigen Blick auf die über eintausendjährige Geschichte dieser Kirche in Polen. Schon allein diese Feststellung reizt viele römisch-katholische Historiker und Theologen zum Widerspruch. Orthodoxe unterstreichen gern, dass die Ursprünge des Christentums auf polnischem Boden bis in die Zeiten der Tätigkeit von Heiligen reichen, die den "Slawenaposteln", den Brüdern Kyrill und Method in Mähren, ebenbürtig waren.¹

Missionseinflüsse von Schülern der beiden heiligen Brüder erreichten nicht nur Südpolen, sondern sogar die Umgebung von Poznań/Posen (die Insel Lednica) und vielleicht Płock. Deutliches besagen Zeugnisse

aus archäologischen Grabungen in Krakau, Przemyśl und Poznań. Politischer Einfluss aus dem Westen und die neue päpstliche Politik im 10. bis 11. Jahrhundert führten zu einer Zerstörung der

Im Mittelalter bestand vorübergebend eine autokephale orthodoxe Kirche in Polen.

kirchlichen Strukturen, wie sie von Kyrill und Method in Mähren und Südpolen geschaffen waren. Der Schwerpunkt in Wiślica, vermutlich das letzte Zentrum der Mission von Kyrill und Method in Polen, wurde höchstwahrscheinlich 1135 liquidiert.

Über dieses Thema gibt es bereits eine reichhaltige Literatur. Ein Beispiel für die Anschauung eines orthodoxen Theologen mag die Arbeit von Jerzy Klinger sein: "Nurt słowiański w początkach chrześcijaństwa polskiego" (Die slawische Strömung in den Ursprüngen des polnischen Christentums). In: Theologische Halbjahresschrift der Christlichen Theologischen Akademie (ChAT). Warschau 1967, Heft 1.

Die ständige Präsenz der orthodoxen Kirche in den politischen Grenzen Polens reicht bis in die Zeiten eines Kazimierz des Großen (1310-1370). Es geht um die Eroberung des Gebietes um die Burg Czerwień, unter anderem Lembergs, in der Mitte des 14. Jahrhunderts durch diesen König. Kazimierz der Große war an einer Regelung der kirchenrechtlichen Situation seiner neuen Untertanen interessiert und erzielte vom Patriarchen in Konstantinopel sogar die vorübergehende Autokephalie für die orthodoxe Kirche in seinem Königreich. Dennoch führte die politische Präsenz Polens in den neueroberten Gebiete zu einer schnell fortschreitenden Latinisierung.² Dieses Element der Geschichte bedeutet den Beginn der Konfrontation zwischen "lateinischer" und "griechischer" Kirche auf den Gebieten der gegenwärtigen Ukraine, Weißrusslands und Litauens. Im 15. Jahrhundert wurden einige Rechtsakte erlassen, deren Ziel es war, die Rechte orthodoxer Staatsbürger zu begrenzen. Der Anfang des 16. Jahrhunderts bringt eine Abschwächung der Konfrontation, aber der Sieg der Gegenreformation führte zu verstärkten Unionstendenzen gegenüber der orthodoxen Kirche. Die 1596 in Brest-Litowsk proklamierte Union zwischen der orthodoxen und der katholischen Kirche leitete eine theologische Latinisierung der orthodoxen Kirche und eine allmähliche Latinisierung des liturgischen Lebens ein. Letztlich ist die Union von Brest die Ursache für viele Schwierigkeiten in den orthodox-katholischen Beziehungen unserer Zeit.

Die Jahre 1795 bis 1918, d. h. die Zeit, als Polen seine Unabhängigkeit verloren hatte und von Österreich, Preußen und Russland geteilt war, begünstigten das Entstehen neuer Komplexe und Vorurteile in den orthodox-katholischen Beziehungen. Diese wiederum bestimmten in großem Maße auch das Verhältnis der politischen Parteien und Regie-

rungen Polens zur orthodoxen Kirche nach 1918.

Ab 1831 verliehen die russischen Regierungen der orthodoxen Kirche eine ganze Reihe von Rechten und Privilegien. Im russischen Teilungsgebiet kam es außerdem zu einer allmählichen Aufhebung der Brester Union. Der Rechtsstatus der orthodoxen Kirche und die Liquidierung der Union wurden zur Grundlage einer von der Mehrheit der politischen Klasse Polens nach 1918 vertretenen Meinung, dass die orthodoxe Kirche auf polnischem Gebiet ein Relikt aus der Russifizierungspolitik des Zarenreiches darstellte. Eine solche Meinung wurde auch von der Hier-

² Vgl. Kazimierz Chodynicki: Kościół Prawosławny a Rzeczpospolita Polska 1370-1632 (Die Orthodoxe Kirche und die Polnische Republik 1370-1632). Warschau 1934, S. 9.

archie und der entschiedenen Mehrheit des katholischen Klerus geteilt. Sie bildete den Nährboden für eine Diskriminierungspolitik der Staatsbehörden und für Wiedergutmachungsforderungen seitens der römischkatholischen Kirche. Diese Politik fand ihren Widerhall in Entscheidungen der polnischen Regierung. Sie betrafen die zwangsweise Unterstellung des Löwenanteils des Vermögens der orthodoxen Kirche unter

staatliche Verwaltung, die Schließung und Zerstörung orthodoxer Gebäude sowie die Übergabe vieler orthodoxer Gotteshäuser und anderen orthodoxen Vermögens an die römisch-katholische Kirche.³

In der Zwischenkriegszeit war die orthodoxe Kirche in Polen zahlreichen Repressalien ausgesetzt.

Der Höhepunkt der Bestrebungen zur Liquidierung der orthodoxen Kirche in den Grenzen der Polnischen Republik vor dem Zweiten Weltkrieg fällt in das Jahr 1938. Die Staatsbehörden zerstörten in einer planmäßigen Aktion – unter Einsatz von Militär, Polizei und oft auch Gerichten – über 300 Kirchen. Einige hundert orthodoxe Gotteshäuser wurden der katholischen Kirche überlassen oder in verschiedenartige Lagerhäuser, in Schulanstalten, in Produktionsbetriebe umgewandelt. Ihren Arbeitsplatz verloren orthodoxe Lehrer, Eisenbahner, Staats- und Postbedienstete. Diese Aktion führte zum Protest ökumenischer Organisationen und von Regierungen mancher Staaten, u. a. Japans. Ein Protestschreiben gegen diese brutale Aktion verfassten sogar der griechischkatholische Metropolit Andrzej Szeptycki (Andrej Sheptytskyj) sowie zahlreiche polnische Intellektuelle.⁴

Diese Proteste und die sich zuspitzende internationale Lage waren ein Hauptgrund dafür, dass Polens Präsident ein Dekret zur Regelung der rechtlichen Situation der orthodoxen Kirche in Polen erließ. Das Dekret von 1938, das Gesetzeskraft hatte, stellte einen ungewöhnlich restriktiven Rechtsakt dar. Die Staatsbehörden behielten sich das Recht zur

³ Zur Situation der Orthodoxen Kirche in der Periode 1918-1939 vgl. Mirosława Papierzyńska-Turek: Między tradycją a rzeczywistością. Państwo wobec prawosławia 1918-1939 (Zwischen Tradition und Wirklichkeit. Der Staat und die Orthodoxie 1918-1939). Warschau 1989.

⁴ Über diese Aktion siehe Grzegorz Kuprianowicz: 1938. Akcja burzenia cerkwi prawosławnych na Chełmszczyźnie i południowym Podlasiu. Chełm 2008 (Die Aktion zur Zerstörung orthodoxer Kirchen im Gebiet von Chełm und im südlichen Podlasien). Am Anfang dieser Arbeit findet sich ein Wort des Präsidenten der Republik Polen, Lech Kaczyński.

endgültigen Entscheidung in allen für das Leben der Kirche wesentlichen Fragen vor. Die Stimme der Regierung entschied über die Wahl des Metropoliten, über die Besetzung von Bischofsstühlen, über Pfarr- und Psalmistenstellen. Priesterweihen für Absolventen des Studiums der orthodoxen Theologie an der Universität Warschau setzten das Einverständnis des Ministers für Bildung und Religionsgemeinschaften voraus. Im August 1939 verabschiedete der Sejm zusätzlich ein Gesetz über die Regelung des Vermögensstandes der orthodoxen Kirche. Sie sollte in den Jahren 1939-1944 erfolgen.

Mit diesem Rechtsstatus, d. h. mit dem restriktiven Dekret von 1938 und dem ungeregelten Vermögensstand, fand sich die orthodoxe Kirche im polnischen Staat nach 1945 wieder. Die Behörden dieses Staates wandten Rechtsvorschriften beider normativer Rechtsakte in einer Weise an, die ihren aktuellen Zielen entsprach. So wurde z. B. Metropolit Dionizy (Waledyński) unter Berufung auf das Dekret von 1938 der Möglichkeit beraubt, seine Pflichten wahrzunehmen. Zuerst wurde er unter Hausarrest gestellt, später nach Sosnowiec verbannt, wo er den Rest seines Lebens unter schwierigen materiellen Bedingungen zubringen musste. Schikanös war die Forderung, dass die Staatsbehörden von jedem Besuch des Bischofs in einer Pfarrei mindestens zwei Wochen vorher informiert werden mussten. Erst nach 1985 hörten die Bischöfe auf, dieser Forderung nachzukommen.

Nach Überwindung vieler Schwierigkeiten erzielte die Kirche ein Gesetz des Sejms. Dieses Gesetz vom 4. Juli 1991 stellte den Rechtsstatus der orthodoxen Kirche in vielen Punkten dem der römisch-katholischen Kirche in Polen gleich. Es gibt aber noch immer recht lästige Unterschiede. Einer davon ist die o. a. Nutzung ehemals unierter Gotteshäuser durch die orthodoxe Kirche.

Veränderte Wahrnehmung der orthodoxen Kirche

Schon in der Zwischenkriegszeit (1918-1939) zeichneten sich Veränderungen in der Wahrnehmung der orthodoxen Kirche ab, an deren Beginn eine breite Diskussion über das Verhalten der römisch-katholischen Bischöfe stand, die zwischen 1929 und 1934 auf Rückgabe angeblich ehemals unierter und ehemals lateinischer Kirchen klagten; diese Klagen betrafen ein Drittel des orthodoxen Kirchenbestandes. Nach geschätzten Daten betrug die Zahl der Orthodoxen in Polen 1924 3.040.943 Per-

sonen⁵, im Jahre 1939 dagegen etwa 4.195.000.6 Mit Blick auf die Möglichkeit sozialer Unruhen zogen die Gerichte die Urteilsfindung in die Länge. Das Oberste Gericht verkündete am 16. Januar 1934 ein Urteil, in dem der Rechtsweg im Fall von 69 Gotteshäusern als unzuständig erkannt wurde, da sie in der Verfügung des Staates seien. Auch die erwähnte Aktion zur Zerstörung von Gotteshäusern 1938 trug dazu bei, dass sich das Wissen über die Geschichte der Orthodoxie in Polen in akademischen Kreisen vertiefte.

Diese Veränderungen fanden ihre Widerspiegelung in Arbeiten von Historikern, dazu gehört das Buch von Kazimierz Chodynicki "Die Orthodoxe Kirche und die Polnische Republik 1370-1632", erschienen 1934 in Warschau. Der Autor stützte sich dabei auf reichhaltiges Quellenmaterial aus polnischen Archiven und berücksichtigte die oft extremen Meinungen orthodoxer und römisch-katholischer Geschichtswissenschaftler. Das wesentlich Neue bestand darin, dass auf eine Reihe rechtlicher Akte verwiesen wurde, die die Rechte der orthodoxen Kirche bereits im 14. und 15. Jahrhundert sowie in späteren Zeiten eingrenzten. Dies ist eine zweifellos außergewöhnliche und immer noch aktuelle Position.

Sowohl weltliche als auch mit der katholischen Kirche verbundene Historiker führten diese Strömung in der Geschichtsforschung über die orthodoxe Kirche fort. Unter ihnen sind so hervorragende Geschichtswissenschaftler wie Jerzy Kłoczowski und Władysław A. Serczyk. Eine gewaltige Arbeit leistete der unermüdliche Forscher und Sammler von Dokumenten zur Geschichte der Orthodoxie in Polen, Priester Dr. Grzegorz Sosna. Zahlreiche Arbeiten verfasste Antoni Mironowicz, Professor an der Universität Białystok. Von den neuesten Arbeiten sei auf Leszek Ćwikła, "Die Politik der Staatsbehörden gegenüber der orthodoxen Kirche und der orthodoxen Bevölkerung im Königreich Polen, im Großfürstentum Litauen sowie in der 'Republik Beider Nationen' in den Jahren 1344-1795" (Lublin 2006) und Grzegorz Jacek Pelica, "Die Orthodoxe Kirche in der Woiwodschaft Lublin 1918-1939" (Lublin 2007) verwiesen.

Die vorsichtigen Änderungen in der Historiographie im Zusammenhang mit der ökumenischen Öffnung der römisch-katholischen Kirche

⁵ Nach Papierzyńska-Turek (wie Anm. 3), S. 310.

Nach Kazimierz Urban: Kościół Prawosławny w Polsce (Orthodoxe Kirche in Polen). Krakau 1996, S. 112.

nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil wirkten sich zweifellos auf den Wissensstand und auf die zunehmend aufgeschlossenere Meinung von Hierarchie und katholischer Geistlichkeit gegenüber der Orthodoxie aus. Zu den Kirchen der Reformation pflegen die Orthodoxen in Polen trotz bestehender dogmatischer Differenzen seit jeher ein gutes Verhältnis.

Polens Kultur und Literatur fußt auch auf einem reichen orthodoxen Erbe. Erinnert werden sollte auch an die orthodoxen Wurzeln mancher kultureller Erscheinungen in Polen. Zahlreiche Dichter und Schriftsteller, u. a. die großen Poeten der polnischen Romantik, Adam

Mickiewicz und Juliusz Słowacki, wuchsen in einem Milieu auf, das unter dem starken Einfluss orthodoxer Kultur und Frömmigkeit stand.

In letzter Zeit finden der liturgische Gesang und die orthodoxe Ikone immer größere Anerkennung. Als wichtiges Element gesellschaftlichen Lebens gelten die religiösen Feierlichkeiten in mehreren Zentren religiösen Lebens der orthodoxen Kirche. Das Kloster der Heiligen Martha und Maria auf dem Hügel "Grabarka" in Nordostpolen, das Onuphrius-Kloster in Jabłeczna, kürzlich auch das wieder erstandene Kloster Maria Verkündigung in Supraśl sind wichtige Determinanten für das religiöse Leben nicht nur der Gläubigen der orthodoxen Kirche.

Alle diese Veränderungen in der Wahrnehmung der Geschichte der orthodoxen Kirche, ihrer Theologie und der Frömmigkeit ihrer Gläubigen stellen ein wesentliches Element der Existenz der orthodoxen Kirche als eines integralen Bestandteils der Geschichte, der Kultur und des

religiösen Lebens in der Republik Polen dar.

Aus dem Polnischen übersetzt von Wolfgang Grycz.